

Demonstrationsrecht: Katholische Aktion Wien kritisiert Sobotka

Wiener KA-Präsident Rijs in einer Aussendung: "Grundrecht auf Demonstration nicht kommerziellen Bedenken opfern"

Wien, 06.02.2017 (KAP) Kritik an den von VP-Innenminister Wolfgang Sobotka geplanten Einschränkungen des Demonstrationsrechts kam am Montag von der Katholischen Aktion Wien (KA). "Wir opfern schon sehr viel 'Demokratie und Freiheit' einer vermeintlichen Sicherheit, nun sollen auch kommerzielle Bedenken die Grundrechte der Menschen reduzieren?", stellte KA-Präsident Walter Rijs die Pläne Sobotkas in einer Aussendung in Frage. Mit der Neugestaltung des Demonstrationsrechts würden die Interessen der Menschen "immer mehr hinten angestellt".

Sollen freie Meinungsäußerung ein Grundpfeiler der Demokratie bleiben, "müssen in Bezug auf legitime 'Geschäftsinteressen' die Gründe solcher Unmutsäußerungen hinterfragt und gegebenenfalls bearbeitet werden. Nur weil Demos lästig erscheinen, solche zu verbieten oder Angst zu machen, mit neuen Zuschreibungen von 'Verantwortung der Leiter und Ordner'", sei nicht seine Erwartung an den Innenminister, so Rijs.

Es werde immer schwieriger, den Sinn für Gerechtigkeit und Solidarität, den wir als Wohlfahrtsstaat bräuchten, zu fordern. Österreich dürfe sich jene Länder, in denen die Rolle von Minderheiten und Oppositionskräften mehr und mehr eingeschränkt würden, nicht als Vorbild nehmen.

Laut den Plänen Sobotkas sollen Demonstrationen künftig verboten werden können, wenn Geschäftsinteressen bedroht würden. Außerdem soll künftig ein "Versammlungsleiter" für Sachbeschädigungen durch Demonstranten haften. Für Gegendemonstrationen soll ein Mindestabstand von 150 Metern festgelegt und die Frist zur Anmeldung von Kundgebungen von 24 auf 72 Stunden erhöht werden.

<http://www.kathpress.at/goto/meldung/1468506/demonstrationsrecht-katholische-aktion-wien-kritisiert-sobotka>